





Bezirksvorsteher von Genua ein Schreiben, worin er sein Bedauern über den Verlust ausdrückt und einen Vorschlag zu seiner Beilegung macht.

Der albanische Ministerpräsident.

Herr Wilhelm von Manien hat Turhan Pascha das Amt des Ministerpräsidenten angeboten. Turhan Pascha hat sein Eintreffen in Durazzo für den 12. März angekündigt.

Der frühere türkische Botschafter in Petersburg, Turhan Pascha, ist in Wien eingetroffen.

Die spanischen Wahlen.

Die Ministerien haben in fast allen Wahlbezirken die Wahl geliegt. In Madrid sollen fünf Republikaner und drei Monarchisten gewählt worden sein. — Im Territorio de Bizkain fallen in Torro, Castellon und Valencia wurden zwei Demokraten und drei Wähler gewählt, was dreißig Personen betrauert. Insgesamt sind 34 Verfassungen vorgenommen worden.

Aus Mexiko.

Wie drachlos aus Tampico gemeldet wird, haben die Rebellen Wilmam und gefangen, der sich dann nach Tampico zurückzog. Die Rebellen streifen von der deutsche Kreuzer „Dresden“ und die Schiffschiffe der Vereinigten Staaten „Connecticut“ und „Minnesota“ sowie das amerikanische Logarattschiff „Solace“ sind nach Tampico abgegangen.

Präsident Huerta hat an alle Befehlshaber von Bundesstaaten im selben den entscheidenden Befehl ergaben lassen, mit dem Angriffszug gegen die Rebellen in Nordmexiko zu beginnen. Die Depesche enthält die Mahnung, die Ausländer zu schützen und fündigt an, daß die Befehlshaber verantwortlich gemacht würden für jede Nichtachtung dieses Befehls.

Unbekannte Personen brachten den Leichnam eines in Mexiko getöteten amerikanischen Unteranen Vergaras auf amerikanisches Gebiet und bestanden dann, ohne eine Spur zu hinterlassen. Das Opfer hat zwei Schußwunden im Kopf und eine im Rücken und zeigt Spuren, die darauf hindeuten, daß Vergaras gefoltert worden ist.

Präsident Wilson und Staatssekretär Bryan hatten eine längere Besprechung über die gesammelte Jurisdiktion der Leiche Vergaras aus Mexiko nach Texas.

Der französische Einwohnereinsturz. Die dreizehn anwesenden Mitglieder der Einwohnereinsturz haben die neuen Vorschläge Gaillets betreffend Verleserung von Einwohnern aus der französischen Meute einstimmig abgelehnt; die beiden abwesenden Mitglieder haben sich diesem Beschlusse schriftlich angeschlossen.

Die Substitutionskommission des japanischen Oberhauses beschloß mit 48 gegen 7 Stimmen, beim Marineminister für den Abgeordneten bereits vorgeschlagenen Erweiterung um dreißig Millionen Yen dem Oberhause eine weitere Erweiterung um vierzig Millionen Yen zu empfehlen. Premierminister Yamamoto wandte sich gegen die Vorschläge und erklärte, die Erweiterung würde die nationale Verteidigung ernstlich behindern. — Bezüglich der Besetzungsfälle in der Marine sagte der Meeresminister, er sei entschlossen, keine Verantwortung zu übernehmen, die die Gerichte entscheiden sollten.

Am holländischen Abgeordnetenhaus beantragte Minister Smuts die dritte Lesung der Andemittelsbill und betonte dabei, daß die Vernehmung der deportierten Arbeiterführer nicht notwendigerweise eine dauernde sei, da das Einbürgerungsrecht es ermöglichte, Deportierten eine zeitlich bestimmte Verurteilung zu erteilen, falls Grund und Bezug vorhanden sei. Die deportierten Arbeiterführer könnten wegen ihres Verhältnisses verfolgt werden; sie seien aber Leute, die eine soziale Revolution herbeiführen könnten.

Vermischtes.

Der Deutsche Frauenverein für die Dinarzen erläßt folgenden Aufruf, in dem er alle nationalgesinnten Männer und Frauen auffordert, zur Schaffung von Freizeitanlagen in den Grenzgebieten der östlichen Kreise für hilfsbedürftige deutsche Kinder ohne Unterschied des Bekenntnisses und von Freizeitanlagen in den Beträgen kommenden Kinderheimstätten beizusteuern. Der rühmliche Verein, der sich auf dem Gebiete der Frauen-, Armen- und Waisenspiele sowie der Arbeitererziehung und der Fortbildung in der Dinarzen einen Aufschwung hat, hat bereits in diesem Sinne in den Grenzgebieten Arbeit geleistet und angeregt. Auch auf dem Gebiete der Volksbildung hat er Erfolge zu verzeichnen. Der Mitgliederbeitrag beträgt mindestens 3 Mark; Sonderbeiträge für obige Zwecke und Mitgliederanmeldungen nehmen die Geschäftsführer, Berlin, Hauptstr. 13, Gartenhaus und die Damen des Vorstandes entgegen.



Polsterarbeiten mit deutscher Druckerei. Uns wird geschrieben: Der holländische Verkehrsminister gibt durch ein Schreiben an den Schriftführer deutscher Hochschullehrer bekannt, daß die Ausgabe neuer Polsterarbeiten bezieht, die grundständig für größeren Bedarf nur die deutsche Druckerei ausführen sollen. — Erträge im England. Wie der „Waldenische Anzeiger“ meldet, ist gestern früh um 1 Uhr 10 Minuten ein schwerer aber deutlich wahrnehmbarer Erdbeben in Unterhochdeutsch verurteilt worden.

Bei dem Feuer, welches das Gebäude des Missouri Athletic Club in St. Louis zerstörte, sind außer den festen Personen, die tot aufgefunden wurden, etwa 50 verletzt worden, wovon eine große Zahl noch vermisst wird. Das Register des Clubs weiß die Namen von 100 Mitgliedern auf, und man glaubt, daß sich zugleich noch etwa 100 andere in dem Gebäude befunden hätten. Das Feuer brach früh am Morgen aus. Als die Feuerwehren eintrafen, sprangen bereits Männer und Frauen aus allen oberen Stockwerken auf die Straße hinaus. Eine 20 Personen reiteten sich auf das Dach eines niedrigeren Nachbargebäudes. Das Gebäude des Clubs bildet nur noch einen Haufen von Trümmern. Der Leiter befindet sich im Hof. Er soll sich in selbstmörderischer Absicht schwere Verletzungen am Kopfe beibringen haben.

Eine ganze Familie vergiftet. Die Frau des Haushalters Fleming in Westral ford, als sie nach Hause zurückkehrte, ihren Mann, ihren 17jährigen Sohn und ihre beiden Töchter von 15 bzw. 18 Jahren tot auf. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Es liegt Verdacht vor, vermittelst durch ein Pfanzengift, das sich bei der in einer Depesche befindet, so verheerend gewirkt hat. Es soll sich um Wurzeln handeln, die durch Familienmitglieder herbeigeführt worden ist.

Im Streit erlöset. Im Dörfchen wurde der Bürger Braun von seinem Schwager Adolf Schmid im Verlauf eines Streites erschossen. Der Täter befindet sich im Hof. Er soll sich in selbstmörderischer Absicht schwere Verletzungen am Kopfe beibringen haben.

Reim Jahrgang die Wirtschaftsbesuchen. Ein merkwürdiger Fall von schließlicher Zügelung stand zur Verhandlung vor dem Landgericht. Ein Wirtschaftsbesucher.

war an einem Bruch der Wirtschaftsbesuchen, den er sich beim Ziehen eines Jahres durch den Jahrgang zugee. Die Section der Leiche ergab, daß die Schädelkapsel und die erlösen Nervenwurzeln infolge vorgerichteter Tuberkulose außerordentlich schwach waren. Beim Zerlegen des Gehirns wurde der Gehirnhaut eine Rinde die Wirtschaftsbesuchen an zwei Stellen, wobei der Tod auf der Stelle eingetreten sein muß. Der angelegte Arzt wurde folglich freigesprochen.

Fransösische Sittenbilder. In Boulogne für Seine drang eine Bande von fünfzehn Juhlären in ein Hotel ein, in dem sich eine Wirtschaftsbesucher befand. Die Juhlären gerieteneren die Fenster und die Gläser durch Neugierde, bedrohten die Wirtschaftsbesucher und erlösten schließlich mehrere der in der Obhut des Wirtschaftsbesuchers. Der Polizei gelang es, sieben Mitglieder der Bande festzunehmen. Die Verhaftung der anderen steht bevor.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung.

Salze, 9. März 1914.

Vorliegender: Stadt-Verordnungsamt. Der Vorsitzende: Dieser gilt zunächst Kenntnis von einer Einladung des Feuerbestattungsbereins zu einem am 13. März stattfindenden Vorstandssitzung. — Ferner ist eine Entschließung des Salzeischen Bürgervereins eingegangen, in der um die Verlegung der Salzeischen Feuerbestattungsbereins auf einen allgemein gültigen Bestimmungen und durch Herabsetzung städtischen Baulandes umgeben wird. Diese Entschließung wird dem Bau- und Grundbesitzungsamt übergeben. Eine Eingabe der Allgemeinen Ortskrankenkasse erludt um Aufhebung der Vergütung der Gehälter für die Benutzung der städtischen Straßengänge. Ein Antrag der Salzeischen Arbeiter- und Handwerker um Befreiung der Wochenfeiertage wird dem Petitionsamt übergeben.

1. Befreiung einer Straße zwischen Wirtschaftsbesucher- und Ludwigstraße. Der Gemeindevorstand hat St. Georgen beauftragt, das Grundstück des Wirtschaftsbesuchers und Ludwigstraße zu erwerben und auf diesem eine Straße zu errichten. Um die Straße von allen Seiten freizulegen, hat er die Befreiung einer, das Grundstück „Ludwig x.“ durchlaufenden Straße zwischen Wirtschaftsbesucher- und Ludwigstraße beantragt. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Befreiung einer Straße zwischen Wirtschaftsbesucher- und Ludwigstraße in der beabsichtigten Richtung und stellt die vorgeschlagene Schenkung. Die förmliche Befreiung des Straßenganges soll erst erfolgen, wenn die Vernehmung des Grundstückbesizers für die Errichtung einer Straße erfolgt ist. — Berichterstatter: Stadt. Schramme.

2. Anbahnung einer Schrebergartenanlage. Der Magistrat hat beschlossen, für den Bau eines Schrebergartenes das Jahr 1908 erschlossene städtische Grundstück der Schrebergartenanlage auf dem Grundenbergfeld Nr. 880 Markt aufzugeben und die neuerschlossene 60 mm Wasserleitung in dem alten Teil der Anlage um 45 m zu verlängern (Kosten etwa 200 Mk.) und die Kosten aus Ersparnissen, die bei der im Jahre 1913 erschlossenen Gartenanlage gemacht wurden, zu entnehmen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem zu. Die Eingabe der im Jahre 1906 am Grundstück existierenden Schrebergartenanlage ist an vielen Stellen schadhast und bedarf dringend der Erneuerung. Die Kosten können größtenteils wieder verwendet werden. Die Vernehmung mit Bezug auf die Vernehmung der alten Anlagen wird etwa 850 Markt Kosten betragen. Während die neuere Gartenanlage zu errichten ist, wird jeder Garten seine eigene Zapfstelle hat, waren in der alten Anlage nur 6 Zapfstellen vorgesehen. Die Zuleitung des Wassers zu den alten Zapfstellen erfolgt durch enge Kessige Rohre, so daß sich häufig Wasserergüsse ereignen. Die Wasserleitung abzugeben, soll nach im Jahre 1911 erschlossener Anlage aus ein 70 mm Rohr verlegt werden. Die Kosten betragen etwa 200 Markt. Bei Eingabe der neuen Anlage ist insbesondere die Anlage der geringeren Wasserpreise eine erhebliche Ersparnis einzugehen, die bei den Kosten von etwa 850 Markt bestritten werden sollen. — Berichterstatter: Stadt. Schramme.

3. Landausbau an der Werberstraße. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu, daß

I. das Hospital St. Gertrud und Antonii dem Königlich Preussischen Eisenbahnbauamt die zur Herstellung einer Unterführung der Werberstraße auf dem Grundstück der städtischen Fläche des Hospitalplatzes 103 Gemauerte Halle Marienbühl III Vargelle Nr. 201/12, von zusammen etwa 10 250 qm Größe übergeben. II. die im Jahre 1913 erschlossene Fläche des städtischen Grundstückes 83 Gemauerte Halle Marienbühl V Vargelle Nr. 201/12, von zusammen etwa 10 250 qm Größe übergeben. III. dem am November 1913 mit dem Königlich Preussischen Eisenbahnbauamt abgeschlossenen Vertrag die Herstellung einer Unterführung der Werberstraße auf dem Grundstück der städtischen Fläche des Hospitalplatzes 103 Gemauerte Halle Marienbühl III Vargelle Nr. 201/12, von zusammen etwa 10 250 qm Größe übergeben. IV. die im Jahre 1913 erschlossene Fläche des städtischen Grundstückes 83 Gemauerte Halle Marienbühl V Vargelle Nr. 201/12, von zusammen etwa 10 250 qm Größe übergeben. V. die im Jahre 1913 erschlossene Fläche des städtischen Grundstückes 83 Gemauerte Halle Marienbühl V Vargelle Nr. 201/12, von zusammen etwa 10 250 qm Größe übergeben.

4. Verkauf von Baustellen. Die Verammlung stimmt zu, daß a) die Baustelle XXV am Kaiserplatz und an der Kaiserstraße von etwa 820 qm Größe für den Preis von 35 Mark für den Quadratmeter für etwa 530 qm Vorderland und für den Preis von 17,50 Mark für den Quadratmeter für etwa 200 qm Hinterland; b) die Baustelle XXVI am Kaiserplatz von etwa 754 qm Größe für den Preis von 28 Mark für den Quadratmeter für etwa 600 qm Vorderland und für den Preis von 14 Mark für den Quadratmeter für etwa 254 qm Hinterland; und c) die Baustelle XXVII am Kaiserplatz von etwa 1 443 qm Größe für den Preis von 28 Mark für den Quadratmeter für etwa 1 100 qm Vorderland und für den Preis von 14 Mark für den Quadratmeter für etwa 343 qm Hinterland. — Berichterstatter: Stadt. Blumentritt.

5. Befreiung des Stadthausplatzes für 1914, und zwar: a) die Baustelle XXV am Kaiserplatz und an der Kaiserstraße von etwa 820 qm Größe für den Preis von 35 Mark für den Quadratmeter für etwa 530 qm Vorderland und für den Preis von 17,50 Mark für den Quadratmeter für etwa 200 qm Hinterland; b) die Baustelle XXVI am Kaiserplatz von etwa 754 qm Größe für den Preis von 28 Mark für den Quadratmeter für etwa 600 qm Vorderland und für den Preis von 14 Mark für den Quadratmeter für etwa 254 qm Hinterland; und c) die Baustelle XXVII am Kaiserplatz von etwa 1 443 qm Größe für den Preis von 28 Mark für den Quadratmeter für etwa 1 100 qm Vorderland und für den Preis von 14 Mark für den Quadratmeter für etwa 343 qm Hinterland. — Berichterstatter: Stadt. Blumentritt.

nicht mit einemmal werden soll, wodurch die Ausgaben der Stadt für das Theater sich auf 120 000 Mk. erhöhen. — Bürgermeister v. Soll auf dem auf dem Hausplan über die geänderte Reduzierung. — Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Ausgaben für das Theater auf 700 000 Mk. zu erhöhen. — Die Annahme dieses Beschlusses empfindet der Berichterstatter Stadt. Goldberger. — Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Ausgaben für das Theater auf 700 000 Mk. zu erhöhen. — Die Annahme dieses Beschlusses empfindet der Berichterstatter Stadt. Goldberger. — Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Ausgaben für das Theater auf 700 000 Mk. zu erhöhen. — Die Annahme dieses Beschlusses empfindet der Berichterstatter Stadt. Goldberger.

Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Ausgaben für das Theater auf 700 000 Mk. zu erhöhen. — Die Annahme dieses Beschlusses empfindet der Berichterstatter Stadt. Goldberger. — Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Ausgaben für das Theater auf 700 000 Mk. zu erhöhen. — Die Annahme dieses Beschlusses empfindet der Berichterstatter Stadt. Goldberger. — Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Ausgaben für das Theater auf 700 000 Mk. zu erhöhen. — Die Annahme dieses Beschlusses empfindet der Berichterstatter Stadt. Goldberger.

Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Ausgaben für das Theater auf 700 000 Mk. zu erhöhen. — Die Annahme dieses Beschlusses empfindet der Berichterstatter Stadt. Goldberger. — Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Ausgaben für das Theater auf 700 000 Mk. zu erhöhen. — Die Annahme dieses Beschlusses empfindet der Berichterstatter Stadt. Goldberger. — Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Ausgaben für das Theater auf 700 000 Mk. zu erhöhen. — Die Annahme dieses Beschlusses empfindet der Berichterstatter Stadt. Goldberger.

Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Ausgaben für das Theater auf 700 000 Mk. zu erhöhen. — Die Annahme dieses Beschlusses empfindet der Berichterstatter Stadt. Goldberger. — Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Ausgaben für das Theater auf 700 000 Mk. zu erhöhen. — Die Annahme dieses Beschlusses empfindet der Berichterstatter Stadt. Goldberger. — Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Ausgaben für das Theater auf 700 000 Mk. zu erhöhen. — Die Annahme dieses Beschlusses empfindet der Berichterstatter Stadt. Goldberger.

Aus Halle und Umgebung.

Salze, den 10. März.

Deutsche Wirtschaftspolitik. Die Ortsgruppe Halle des Nationalen Bauernvereins hat am Sonntag im Neumarkt-Schützenhaus einen Vortragabend, an dem Reichstagsabg. Freiberber von Nitzsch über „Deutsche Wirtschaftspolitik“ sprach. I. a. führte er aus: Die Wirtschaftsbesucher einer kapitalistischen Politik sind gebunden Verhältnisse in der Heimat, die nur höchsten Löhnen der völligen Gleichberechtigung von Land und Industrie, Handel und Industrie. Der Bauernstand ist nicht die Notwendigkeit der neuen Steuererläge, um nur nicht auf, daß das Reich mehr auf die direkten Steuern besetzt liegt. Der Erbschaftsteuer liegt ein durchaus gesunder Gedanke zu Grunde; andere Länder, wie Frankreich, haben sie längst in progressiver Höhe ausgedehnt. I. a. führte er aus: Die Wirtschaftsbesucher einer kapitalistischen Politik sind gebunden Verhältnisse in der Heimat, die nur höchsten Löhnen der völligen Gleichberechtigung von Land und Industrie, Handel und Industrie. Der Bauernstand ist nicht die Notwendigkeit der neuen Steuererläge, um nur nicht auf, daß das Reich mehr auf die direkten Steuern besetzt liegt. Der Erbschaftsteuer liegt ein durchaus gesunder Gedanke zu Grunde; andere Länder, wie Frankreich, haben sie längst in progressiver Höhe ausgedehnt.







Die Berliner Börse, 9. März 1914

Berliner Börse, 9. März 1914

Veränderungen am Kurszettel...

Main table containing stock market data with columns for company names, prices, and changes. Includes sections for 'Veränderungen am Kurszettel' and 'Wochensumme am Kurszettel'.

Veränderungen am Kurszettel: Bei den Kursveränderungen sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (\*) gekennzeichnet...

Wochensumme am Kurszettel: Von den Kursveränderungen sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (\*) gekennzeichnet...

Wochensumme am Kurszettel: Von den Kursveränderungen sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (\*) gekennzeichnet...

Wochensumme am Kurszettel: Von den Kursveränderungen sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (\*) gekennzeichnet...

Wochensumme am Kurszettel: Von den Kursveränderungen sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (\*) gekennzeichnet...

Vertical text on the right margin, likely a library or archival reference.



Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 9. März 1914.

Am Bundesratsstische: Dr. Colp.  
Präsident Dr. Raumpf eröffnete die Sitzung um 12 1/2 Uhr.

Die nachgedrückte Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Kurzbach (Wolfe) wegen Vergehens gegen das Verwaltungsverfahren wird nach dem Antrage der Geschäftsordnungs-Kommission ohne Diskussion verlegt.

Die Wahlen der Abg. Frommer (Deutschkons., 5. Königsberg), Dr. v. Heydenbrand und der Lafe (Deutschkons., 2. Breslau), Weitz (Kons., 3. Breslau) und Weiser (Deutschkons., 6. Breslau) sollen auf Antrag der Wahlprüfungskommission für gültig erklärt werden. Über die Wahl der Abg. v. Winterfeldt (Deutschkons., 4. Potsdam), Glawatski (Kons., 3. Oppeln) beantragte die Kommission Weiterverhandlungen zu veranlassen.

Das Haus beschloß nach den Kommissionsanträgen. Darauf setzte das Haus die Spezialberatung des Etats für das Reichskolonialamt bei dem Gehalt des Staatssekretärs fort.

Abg. v. Höllendorff-Röding (Kons.): Als erstreckter Kolonialpolitik bei dem bürgerlichen Parteien fast völlige Gleichgültigkeit zeigt. Die Erreichung des Langzeitziels mit der Eisenbahn ist ein Ereignis, das wir mit außerordentlicher Freude begrüßen. Die Weiterführung dieser Bahn um den See herum wäre sehr zu wünschen. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung unserer Kolonien ist dank der maßvollen Verwaltung sehr zufriedenstellend. Wir sind für eine humane Erziehung der Eingeborenen zur Arbeit. Die schweren Anlagen gegen die Plantagenbesitzer dürfen übertrieben sein. Neben den Plantagen müssen auch die Eingeborenenkulturen gefördert werden. Wie eine Selbstverwaltung der Kameruner auszuwirken würde, sehen wir an der Republik Liberia, die nichts ist als eine Kolonie an Meer; in Hinterland ist nichts erreicht. Es ist erfreulich, daß die Demarkation des Gouvernements von Ostafrika die Verhältnisse, auch hinsichtlich der Kautschukerzeugung, offen und frei schließt. Die gegenwärtige Tätigkeit der Missionen beider Konfessionen erkennen auch wir an. Doch müßten sie sich bei Neugründungen von Stationen über die Interessensphären hinaus. Der Schwerpunkt der Verwaltung muß nach und nach immer mehr in die Kolonien verlegt werden. Zur Erschließung der Kolonien und zur wirtschaftlichen kulturellen Förderung der Eingeborenen darf in dem Eisenbahnbau kein Stillstand eintreten. Die Schiffahrt muß sich anheben. Auch die Landstraßen müssen, namentlich auch in den Automobilverkehr, besser verbessert werden. (Beifall.)

Abg. v. Baurmann-Diering (Wolfe): Die Kautschukerzeugung muß sofort abgeschlossen werden.

Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Colp:

Ich teile die einzelnen Anfragen der Vorredner beantwortend, die mannigfachen Anregungen aus dem Hause zum Standpunkte der Verwaltung betrachte, bitte ich Sie, einige Bemerkungen vorauszusenden zu dürfen. Ich möchte Ihnen gern in kurzen Worten die Einblicke schildern, die ich auf meinen in den letzten Jahren angetretenen Inspektionsreisen gewonnen habe, und auf Grund deren ich schon Wünsche und Pläne für die Zukunft hege. Wir müssen unsere Kolonien in zwei verschiedene Klassen einteilen, in die tropischen Kolonien, und in die nördlichen Kolonien. Zu der letzteren Kategorie gehört zunächst nur eine, das ist Südwestafrika. (Zustimmung.) Ich bin für mich selbst im Zweifel, ob man vielleicht als eine Unterabteilung dazu auch noch die Insel Samoa rechnen kann. Wenn man nun auch, abgesehen von Samoa, Südwestafrika zunächst als einzige ausgesprochene Siedlungskolonie ansprechen darf, so möchte ich doch den anderen Kolonien nicht ohne weiteres jede Siedlungsfähigkeit absprechen. Ich möchte nicht sagen, daß die tropischen Kolonien in ihren Niederungen und Küstengebieten nicht besiedelt werden können. Allen den Hochländern, sowohl in Kamerun wie in Ostafrika, ist das eine gemeinsame, daß sie armer an Wasser sind. Die erste Bedingung für die Erschließung dieser Hochländer ist also Wasser. Die zweite Bedingung ist, daß die Regierung die Interessen der Eingeborenen abwägt gegen die Interessen der Anwohner. Drittens würde ich es richtig halten, daß die Farmen nach der Wegrennung zu verweisen sind, ehe sie in Besitz genommen werden. Der Abg. Dr. Trendel hat sich mit einem Appell an das deutsche Volk gewendet; daß doch noch ein großer Versuch unserer Völkervereinigung da wäre, der in den Kolonien Aufnahme finden könnte. Es ist doch noch garnicht nachgewiesen, daß wir einen Bevölkerungsüberschuß haben und daß für ihn eine Siedlungsmöglichkeit besteht. Im übrigen möchte ich mich auch jenen Anwohner, die die von mir erwähnten Bedingungen nicht erfüllen, nicht hindern in den Weg stellen. Damit verlasse ich dieses wesentliche Gebiet der Siedelung und möchte Sie nur bitten, in dieser außerordentlich wichtigen Frage konform mit der Verwaltung zu gehen.

Südwestafrika

hat sich auf der Basis der Farmwirtschaft allmählich günstig weiterentwickelt. Die wichtigste Aufgabe ist die Wassererschließung und es ist von ihr abhängig, in welchem Maße und in welchem Umfang diese Kolonie zu einer wichtigen Siedlungskolonie für uns werden wird. Wie ich schon erwähnt habe, können wir die Ausgaben für diese Wassererschließung nicht den einzelnen Farmern zumuten. Ihnen muß die Regierung dabei zur Seite stehen. Wie wir uns diese Unterstützung denken, erleben Sie aus dem Ihnen vorgelegten Ergänzungset, den ich auch von dieser Stelle aus noch einmal den Mitgliedern der Kommission warm ans Herz legen möchte. Im Ausbau der Selbstverwaltung sind bereits Fortschritte gemacht worden. Mit erhöhter Aufmerksamkeit hat sich auch die Regierung den Aufgaben des Gesundheitswesens, ganz besonders unter den Eingeborenen gewidmet.

Deutsch-Ostafrika

ist mit einer eigenen Ansiedlung besetzt. Ich war dort vor 14 Jahren Direktionsvorsteher. Ich war selbst kein direkter Anwohner, sondern nur ein Kolonialbeamter. Ich habe das Land als fest, wo ich diese Kolonie wieder gegeben habe. (Sämtlich lächeln.) Das Land befindet sich in einem erfreulichen Aufschwung, trotz der vorhandenen Gummierei. Die Hauptaufgabe des Landes wird die Erweiterung des Bahnnetzes sein. Dadurch wird auch eine höhere Entwicklung der Eingeborenenkulturen ermöglicht. Von den europäischen Kolonien habe ich dort den Eindruck gewonnen, daß es mit Ausnahme der Gummipflanzungen gut steht. Das gilt ganz besonders von der Silbafkultur und den Kaffeepflanzungen am Kilimandscharo und Meruberge.

Kamerun

habe ich jetzt zum ersten Male gesehen. Ich kann mit gutem Gewissen sagen, daß dieses Land eine unserer besten und am besten ablaufenden Kolonien werden wird. Die Zukunft Kameruns habe ich im benachbarten Nigeria kennen gelernt. Es ist interessant, diese beiden Kolonien zu vergleichen. Nigeria ist etwas größer und hat mehr Einwohner, aber die Konfiguration des Landes und die Verteilung der Stämme ist ähnlich wie in Kamerun. Auch die Fruchtbarkeit ist in beiden gleich. Ich möchte fast annehmen, daß in vieler Beziehung, ganz besonders was die Kultur der Plantagen anbelangt, Kamerun weit besser ist, da es u. a. höhere Niederschlagsmengen zu verzeichnen hat als Nigeria, das jetzt allein schon 86 Millionen Ausfuhr in diesem Produkt hat. Prospektion ist für eine unbankbare Aufgabe. Aber gegenüber Kamerun kann man sagen, daß wir es von der langsamen Entwicklung zu einer schnellen Blüte bringen werden, wenn wir die Bahn von dem See über den nördlichen Kamerun bauen. Ich möchte hier das Wort wiederholen, das man dort in Kamerun ausgesprochen und das einen Beweis von der Fruchtbarkeit des Landes gibt. Man sagt dort: Unser Land ist so fruchtbar, wenn wir einen Spatierstock in die Erde stecken, dann wird eine Palme daraus. (Geisterlächeln.) Das ist symbolisch für die Fruchtbarkeit des Landes und auch für die Hoffnungs- und Freudigkeit der Anwohner. Unsere Kolonien sind nicht zu verkaufen, sie sind von mir nicht zu haben. (Beifall.)

Ich komme zu dem

Wortersätze Tage.

Ich möchte gern, daß diese Diminutionen einmal aufhört und wir hier ein Musterland haben. Ich glaube, daß sich dies sehr schnell bewerkstelligen läßt, wenn wir hier dasselbe tun wie für Kamerun und möglichst schnell die Bahnen bauen. (Zuruf b. d. Soz.) Sie (s. d. Soz. gewendet) werden auch nochmal den Bahnbau mitmachen. (Geisterlächeln.) Es dauert nicht allzu lange. Ich habe mich davon überzeugt, daß auch in Logo die Bahn die allerdringendste Notwendigkeit ist. Wir haben in dieser Kolonie Ökonomie und Maisbau. Wir haben im Distrikt Njassahöhe Eingeborenenkultur schon mit Kakaos. Ich habe deshalb die Idee des Gouvernements mit Freuden begrüßt, daß er einen unserer landwirtschaftlichen Sachverständigen mit einigen Eingeborenen nach der Goldküste schicken will, um dort die Eingeborenenkulturen zu untersuchen. Man wünscht in Logo jetzt die Wegbahn. Sie hat aber lange nicht die große Bedeutung wie die Bahn nach der Goldküste ist eine Bestätigung. Ebenfalls ist es mit der Bahn, die der Gouverneur von Njassahöhe aus haben will. Ich glaube, wir werden bald in der Lage sein, Ihnen diese Bahn vorzuschlagen. Im vorigen Jahre habe ich es bereits ausgesprochen, daß wir das bestehende Verkehrsnetz nicht als abgeschlossen und für ausreichend halten. Natürlich muß eine gewisse Vorsicht innerhalb der Finanzkraft der Schutzgebiete innegehalten werden. Es müssen Bahnen eintreten, wie auch eine solche eintreten wird, wenn die Wandbahnen vom Hause bewilligt sein wird. Diese Bahnen sollen aber nun und immer mehr einen wirtschaftlichen Bedeutung für die Fortverwaltung ist besonders Kamerun bei der wachsenden Knappheit des Holzes in ganz Europa von größter Bedeutung. Auch das spricht dafür, daß wir uns mit dem Gedanken, unsere Kolonien zu verkaufen, noch nicht ernstlich beschäftigen. (Geisterlächeln.) Zur Hebung der Eingeborenenkulturen sind Maßnahmen getroffen. Den Plantagenbau der Europäer würden wir nicht entgegenstellen. Er ist für die Eingeborenen vorbildlich. Erst vor wenigen Monaten ist in Ostafrika eine neue Initiative in der Bahn nach Kamerun herausgegeben worden. Ein Arbeitsplan soll nicht ausgearbeitet werden. (Arvalo) Die Lebensverhältnisse der Eingeborenen in Ostafrika sind günstiger als in Kamerun, doch ist die traurige Lage nicht auf die Plantagenbesitzer zurückzuführen. Entföhrung und Mißhandlung haben nichts miteinander zu tun. Ich habe die Gouverneure angewiesen, zu ermitteln, ob tatsächlich ein Mangel der Eingeborenen zu verzeichnen ist und welche Ursachen dazu führen. Die Verwaltung läßt es sich angelegen sein, die Fortschritt, die Gesundheitspflege zu betreiben; und es kann höchstens noch zehn Jahre dauern, bis diese Institutionen verkommen sind. Bereich in den Schutzgebieten besteht Hoffreichheit für die zum Gottesdienste, zur Krankenpflege und zum Unterricht notwendigen Gegenstände. Der Forderung, den Elementarunterricht völlig den Missionen zu überlassen, stehe ich unter gewissen Bedingungen sympathisch gegenüber. In Ostafrika und Kamerun aber würden die mohammedanischen Eltern ihre Kinder nicht in die Missionschulen, die selbstverständlich nicht konfessionlos sein können, schicken. Das Land ist groß genug für beide Konfessionen. Fortschritt der Missionen ist eine wesentliche Beförderung eingetreten. Ich möchte Sie bitten, die Debatte über die Arbeiterfrage etwas zu mildern. Ich hoffe, Ihnen im nächsten Jahre eine Bitte vortragen zu können, was Deutschland den Deutschen in den Kolonien verdankt. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Henke (Soz.): Wir lehnen die Kolonialpolitik, wie Sie sie treiben, ab, bemühen uns aber dennoch, für die Kolonien und die Eingeborenen das Beste zu schaffen. Immer wieder tritt bei allen Maßnahmen in der Kolonialverwaltung das Interesse des Kapitals gütige, besonders ist dies der Fall beim Ausbau des Eisenbahnwesens. Eine völlige Aufhebung der Plantagenwirtschaft bringend zu fordern. Wir können es nicht mitmachen, daß die Eingeborenen ausgebeutet und ausgerottet werden und deshalb werden wir stets die jegliche Kolonialpolitik bekämpfen. (Beifall bei den Soz.)

Darauf wurde die Weiterberatung auf Dienstag 12 Uhr vertagt. Vorher kurze Anfragen.

Schluss gegen 8 1/2 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 9. März 1914.

Am Ministerstische: Dr. Eydoux.  
Präsident Graf v. Schwerin-Köslitz eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbe-Verwaltung wurde fortgesetzt.

Bei den Ausgaben für das Staatskommissariat bei der Berliner Börse beantragte die Abg. Dr. Wölke (Kons.), Dr. Gahn (Kons.) und Gen.: Die Regierung zu erfragen, dem Abgeordnetenhaus eine Denkschrift vorzulegen über 1) die Tätigkeit des Königlichen Börse-Kommissars; 2) die Entwicklung des Börsebandels und der Emissionen an den preussischen Börsen; 3) die Emissionen ausländischer Werte an den preussischen Börsen und die Anlage deutscher Kapitalien im Ausland.

Dr. Eydoux (Kons.) führte aus: Der hohe Zinsfuß, über den die ganze Welt sich beklagt, ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß sich deutsches Kapital in viel zu hohem Maße an ausländischen Unternehmungen beteiligt hat. Damit hängt auch der Niedrigkeit des Kurses unserer Staatsanleihen zusammen. Der französische Finanzminister hat angeordnet, daß französisches Geld nicht nach dem Ausland gehen soll, solange der heimische Markt noch aufnahmefähig sei. In dieser Weise sollte auch bei uns verfahren werden. Freilich geben wir nicht sofort, zu verlangen, daß wir gang auf ausländische Werte verzichten sollen. Wir bestreiten aber, daß wir die ausländischen Börsen für unsere finanziellen Kriegszwecke brauchen. Wir müssen betreiben sein, den inländischen Markt flüssig zu erhalten. Der Ausbruch der staatlichen Werten wird dazu beitragen, den Kurs der Staatspapiere zu heben. Auch die Leiter der großen Banken sollten dafür sorgen, daß durch ihre Institute die Interessen des Staates gefördert werden. Wir sollten mit aller Kraft dahinwirken, daß das deutsche Kapital dem deutschen Markt erhalten bleibt. Ich schlage vor, den Antrag der Budgetkommission zu übernehmen. (Beifall rechts.)

Handelsminister Dr. Eydoux: Während der letzten Jahre hat sich eine steigende Richtung des Zinsfußes

in allen Ländern, nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika und anderweit, bemerkbar gemacht. Diese steigende Bewegung hat Deutschland in besonderem Maße betroffen, was in erster Linie damit in Zusammenhang steht, daß in Deutschland vor allem vermöge der starken Entwicklung seiner Industrie erhebliche Kapitalien festgelegt werden mußten. Es liegt auf der Hand, daß Deutschland, das auf einen starken Import von Rohstoffen angewiesen ist, andererseits Forderungen im Ausland für die Bezahlung dieser Werte haben muß. Unsere Industrie ist darauf angewiesen, auch im Auslande zu verdienen, und dadurch wird ja auch die Arbeitsgelegenheit für unsere Arbeiter erhöht. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, welches Interesse Handel und Schiffahrt an einem niedrigen Zinsfuß haben. Das alles weist uns darauf hin, auch bei der Anlage von Kapitalien im Ausland nicht zu vergessen, wie stark Deutschland in die Weltpolitik und in die Weltwirtschaft verflochten ist. Wir brauchen einen Weltmarkt ausländischer Werten, um durch Zinsausgabe unseres Geldes Käufer für die Industrie zu bekommen. Es kommen auch noch politische Umstände

dabei in Frage. Sie erinnern dabei an die Chinaanleihe, die ich lässe dahingestellt, welchen Wert in einem Kriegsfalle diese Werte haben können. Wir können nicht wissen, wie weit solche Werte bei einem europäischen Wandel oder gar

bei einem Weltbrande

flüssig gemacht werden können. Dagegen kann der Weltmarkt an Auslandsbürgern von recht erheblicher Bedeutung sein für den Zinsfuß. Wir haben ein Beispiel dafür in den Erfahrungen, die wir während der Krise im Jahre 1913 gemacht haben. Die Qualität der an der Börse zugelassenen Bankiers zu prüfen, ist Sache der Bankaufsicht. Die Sache verläßt sich zu regeln, würde nicht unangemessen sein. Die landesgesetzliche Regelung durch Preußen hat sich bewährt. (Beifall.)

Abg. Mommien (Fortf. Bpt.): Die Börsegesetzgebung ist Sache des Reiches. Das Material, das in der Denkschrift gemeldet wird, liegt uns in den statistischen Berichten des Reiches vor. Darin sind alle Emissionsziffern enthalten. Schuld an den Mißständen ist das von den Ungarn gemachte Börsegesetz. Wir haben damals darauf hingewiesen, daß die Folge davon die Abwanderung deutschen Kapitals nach dem Ausland sein würde. Man sollte unsere Großbanken nicht angreifen, sondern ihnen Dank wissen, daß wir durch ihr vorzügliches Vorgehen die letzte Krise ohne schwere Schäden überstanden haben. Staat und Kommunen haben immer das Geld bekommen, das sie nötig hatten. Die letzte Emission von Schatzanweisungen hat bewiesen, daß das Publikum in hohem Maße sich auch an inländischen Anleihen beteiligt. Das viele Sineiretreden und Sineiretrepieren in unsere wirtschaftliche Entwicklung kann uns wirtschaftlich nicht vorwärts, sondern nur rückwärts bringen. (Beifall links.)

Abg. Lucas (Nat.): Die Verhältnisse liegen im Ausland nicht besser als bei uns. Der Minister kann die Verantwortung für die an der Börse zugelassenen Bankiers nicht übernehmen.

Die Debatte wird geschlossen. Der Antrag Wölke wird der Budgetkommission überwiesen.

Beim Kapitel Gewerliches Unterrichts-Weien tritt

Abg. Tietze (Freis.) für die Einführung des russischen Sprachunterrichts an den kaufmännischen Fachschulen in den östlichen Landesteilen sowie für die auch im Reichsbudget geforderte Errichtung einer Ausbildungshochschule in die insbesondere für die Ausbildung von Konfessionsbeamten von Bedeutung sein würde.

Ein Regierungskommissar: Die Anregung auf Einführung des russischen Sprachunterrichts an den kaufmännischen Fachschulen der östlichen Landesteile wird wohlwollend geprüft werden.

Abg. Münterberg (Fortf. Bpt.): Der Etat bringt meistenteils Verbesserungen auf dem Gebiete des Fort-

Erklärung zum Kurstext: Bei den Randspalten sind die Randspalten angegeben. Gemittelt sind die Randspalten angegeben. Bei den Randspalten sind die Randspalten angegeben. Bei den Randspalten sind die Randspalten angegeben.



... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

# Die neue Kanalanlage in Halle und die Kanalgebühren.

Welche Aufgaben erwachen aus der Kanalanlage?

Diese Aufgaben sind ...

Bei den Grundstücken mit ...

Zu beachten ist weiter, daß ...

Von der größten Wichtigkeit ist ...

Abgesehen von dem Beginn ...

Die gelblich gefärbte ...

# Provinz Sachsen und Umgebung.

## Der Wasserstand der Elbe.

Wie aus Dresden gemeldet wird ...

Ammersee, 9. März. \*

Die Prüfung der Konfirmanten ...

Sachsen, 9. März. (Städtische.)

Aus der Heimat, 9. März.

# Kunst und Wissenschaft.

## „Baruffal“ von Richard Wagner.

Ueber den Zustand unserer ...

Neuen Wagnern, die schon ...

Baruffal, die in Halle ...

Prof. Dr. B. Reizen.

Wahlfest der Hallenser.

Elektrisches Laboratorium.